inen Grundsatzentscheid

Bundesrat auf den Herbst

zur Europapolitik hat der

vertagt. Gestern teilte Aussenmi-

nister Didier Burkhalter einzig

mit: Am Ziel eines institutionel-

len Rahmenabkommens mit der

EU wird festgehalten – und auch

an der viel kritisierten Streit-

schlichtung, die über den Euro-

päischen Gerichtshof (EuGH),

die sogenannten fremden Rich-

FDP-Bundesrat gestern erneut:

«Die verbindliche Interpretation

von bilateralen Abkommen durch

den EuGH ist vor allem wichtig,

wenn wir von der EU etwas wol-

len.» Die bilateralen Verträge

würden oft in der Schweiz bes-

ser umgesetzt als in anderen

«Und wenn die Schweiz vor

Staaten, sagte Burkhalter.

dem EuGH gewinnt,

müssen die EU-Staaten das umset-

zen», so Burkhalter

zu BLICK. Die Alter-

native einer Streit-

schlichtung über

richtshof bringt

laut dem Aus-

Efta-Ge-

Diesen Ansatz verteidigte der

ter, laufen soll.

geiziger, Angebot verödet

sie kennt auch Verlierer: Han-Hochreutener delsexperte spricht von einer «ganz gefährlichen Entwicklung». Die Kunden gewöhnten sich an den frühen Ausverkauf und die tiefen Preise. Schlimmer noch: Sie liessen sich kaum mehr umerziehen. «Der Kunde fragt sich zu Recht, warum er überhaupt noch zu Normalpreisen shoppen soll», sagt Hochreutener.

Folglich loben die Läden immer häufiger und höhere Rabatte aus – bis das Limit erreicht ist: «Wenn ein Händler 70 Prozent Rabatt gibt, ist er im nächsten Jahr weg vom Fenster», sagt Hochreutener.

Bekannte Namen wie Blackout, Switcher, Yendi und Charles Vögele sind in vielen Städten bereits Geschichte. **In den letzten** sieben Jahren gingen 5000 Lädeli ein, besagt eine kürzlich veröffentlichte GfK-Studie. Fehlende Umsätze hätten den Detailhandel seit 2011 über 30 000 Arbeitsplätze gekostet, bilanzierte Migros-Chef Herbert Bolliger im April im BLICK-Interview.

Ein Ende der Krise ist nicht in **Sicht:** «Die Lage ist heute ernst, ein massiver Jobabbau droht kurzfristig», sagt Handelsexperte Thomas Rudolph (siehe Interview). Selbst die Konsumenten profitieren langfristig nicht. Das Angebot verödet. Rudolph: «Der Personalabbau wirkt sich negativ auf die Servicequalität aus.»

POLITIK & WIRTSCHAFT

Kommt bald die Wehrplicht für Frauen?

Bern – Frauen könnten verpflichtet werden, Zivildienst oder Militärdienst zu leisten. Die Idee ist aus Sicht des Bundesrats zukunftsweisend. Bevor am heutigen System gerüttelt wird, soll nun das Verteidigungsdepartement eine vertiefte Analyse durchführen.

Mehr Swisscom-Speed auf dem Handynetz

Zürich - Noch in diesem Jahr sollen Kunden in elf grossen Schweizer Städten mit bis zu 800 Megabit pro Sekunde via Handy surfen können. Erreicht wird der Temposchub laut Swisscom durch Kombination von vier verschiedenen Frequenzen der 4. Mobilfunkgeneration 4G.

Frost zerstört halbe **Aprikosenernte**

Sitten - Die diesjährige Aprikosenernte im Wallis wird mit 4200 Tonnen nur die Hälfte eines normalen Jahres ausmachen. Schuld daran ist der Frost, der im Frühling den Bäumen zugesetzt hat. Trotz der geringeren Menge sollen die Preise nicht ansteigen.

Börse & Devisen

| 9076.7 (+0.0%) 🔿 |
|--------------------|
| 21 457.2 (+0.7%) 🦪 |
| 1.09 → |
| 0.96 → |
| 38 626 Fr./kg 坠 |
| 47.08 \$/Fass 🐬 |
| |

senminister wenig. Denn das Einen neuen Kohäsionsbeitrag an Efta-Gremium könnte EU-Staaten ja nicht direkt verurteilen.

Burkhalter erklärt

Darum sind fremde

Richter gut für uns

Dennoch ist der Bundesrat im Bereich der Streitschlichtung mit der EU noch nicht ganz einig. Details dazu gab Burkhalter nicht bekannt. Verhandeln werde die Schweiz auch über ein Bekenntnis der EU zu den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Diese sollten laut Burkhalter von der EU künftig nicht mehr dauernd kritisiert werden.

die Oststaaten will der Bundesrat nicht einfach zahlen, sondern an gewisse Bedingungen knüpfen. So solle das Geld in die Bereiche Berufsbildung und Migration investiert werden. Ob die Schweiz noch mal zahlt, will die Regierung aber erst später, nach der Beurteilung aller anderen EU-Dossiers, entscheiden. Die SP plädiert als einzige

Bundesratspartei offen für ein Rahmenabkommen. «Die Mitteparteien und die Wirtschaftsverbände müssen endlich aus ihrer europapolitischen Angststarre erwachen», verlangte die Partei gestern.

Diese geben sich gelassen: Es gebe «keinen Grund und keinen zeitlichen Druck, das Abkommen voranzutreiben», heisst es bei Burkhalters Partei, der FDP. Sollte wie geplant dem EuGH eine abschliessende, entscheidende Rolle bei der Streitbeilegung zukommen, sei dies «innenpolitisch nicht akzeptabel», so die CVP.

Und die SVP findet einen Rahmenvertrag «komplett unnötig» und einen «Frontalangriff auf unsere Unabhängigkeit».

Joël Widmer, Nico Menzato

e Thomas Rudolph n massiver Jobabbau»



doch blöd» nicht und vergleichen Preise systematisch. Gutverdiener folgen diesem Trend genauso häufig wie

schnittsverdiener.

Leidet unter den Sale-Rabatten die Qualität der Beratung und des Angebots im Laden?

Wenn die Durchschnittsmarge sinkt, also unter dem Strich aufgrund der vielen Rabatte die Gewinne dahinschmelzen, müssen auch die Kosten runter. Personal wird dann häufig abgebaut, was sich auf die Ser-

tiv auswirkt.

Kunden werden immer preissensibler. Dies zwingt Unternehmen, ihre Verkaufskonzepte zu verbessern. Die Vergleichbarkeit der Sortimente muss verringert werden. Gelingt dies den Managern nicht - und danach sieht es in vielen Unternehmen aus - droht kurzfristig ein massiver Personalabbau. Langfristig verschwinden einige Anbieter. Die Lage ist schon heute ernst.

Braucht es wie früher fixe Termine, die den Ausverkauf einschränken?

Mit dem Internet als Hauptkonkurrent geht das nicht mehr. Schon heute kaufen Schweizer Konsumenten sehr häufig auf ausländischen Webseiten ein. Mit Ausverkaufszeiten im stationären Handel würde dieser Trend weiter zunehmen. Die vicequalität tendenziell nega- Zeiten einer Marktabschottung sind definitiv vorbei.

Eine Buch-Hommage an «unseren Dö

Kandersteg BE – «Unser Dölf»: So heisst ein neues Buch über alt Bundesrat Adolf Ogi. Der Berner gehört auch 17 Jahre nach seinem Rücktritt noch immer zu den populärsten Politikern der Schweiz. Gestern fand in Kandersteg,

Ogis Heimatort die Vernissage statt. Viele Fans kamen, unter ihnen auch Prominente. So etwa Art Furrer, Toni Vescoli oder SVP-Präsident Albert Rösti, selbst auch Kandersteger. Und jeder weiss einen Ogi-Moment, den er nicht vergisst.

Zum 75. Geburtstag haben zwei Verlage Texte von 75 Persönlichkeiten zusammengetragen, die den Menschen Adolf Ogi würdigen – eine Hommage an Dölf. Wichtig war Ogi, dass im Buch auch kritische Stimmen vor-

Auch die Familie ist stolz auf «ihren Dölf»: Ehefrau Katrin, Schwiegersohn Sylvain Stefanazzi Ogi und Tochter Caroline. Sie erinnert sich, dass ihr Vater fürs Skifahren immer Zeit fand.

kommen. Zu BLICK sagte er:

«Ich wollte das Buch, bevor es in Druck ging, nicht sehen.» Weiter verriet der ehemalige SVP-Bundesrat, dass ihn das Vorwort von Christoph Blocher sehr berührt hat: «Wir haben zusammen die SVP vorwärtsgebracht. Er auf seine, ich auf meine Art.» Für den Berner ist klar: Heute bekomme er mehr Anerkennung für sein Wirken als damals im Bundesrat: «Das erstaunt mich einerseits, andererseits berührt es mich.» Benedikt Theiler (Text), Karl-Heinz Hug (Fotos)



Alt SP-Nationalrat Andi Gross (l.) zusammen mit Partnerin Conny

Wagner und Jura-Politiker Pierre Lachat: Zu Gross ging Ogi einst in

Kandersteg durch eine Schneesturm, um ihn zu begrüssen.



Zeichner Ted Scapa (M.) mit Franz Steinegger und Ruth Wipfli Steinegger:

Scapa malte dieses Bild für Ogi und übergab es gestern – in der Mitte

Adolf Ogi Wollte auch kritische Stimmen m Buch und war gerührt über das Vorwort von Christoph Blocher.

für Raser

lichten Bericht. So müssen verurteilte Raser mindestens ein Jahr ins Gefängnis und ihren Führerausweis für zwei Jahre abgeben.

Diese deftigen und sehr starren Strafen sollen jetzt entschärft werden. So will die Regierung wieder darauf verzichten, einen Raser zwingend hinter Gitter zu bringen. Und bei leichteren Raservergehen soll der Bleifuss sein Billett sechs Monate abgeben.

Nur: Leichte Vergehen gibt es nicht. Per Gesetz gilt als Raser, wer in der 30er-Zone mit Tempo 70 fährt, innerorts 100 km/h, ausserorts 140 km/h oder mit mehr als Tempo 200 auf der Autobahn. Es sind also massive und mutwillige Tempoüberschreitungen nötig!

Angestossen hat die neuerliche Diskussion um Raserdelikte der Nationalrat. Er hat im letzten Jahr einem Vorstoss für mehr Milde zugestimmt. Auch das Bundesgericht hat bereits Verständnis für «unfreiwillige» Raser geäussert. Nun ist der Ständerat am Zug, der vom Bundesrat den Bericht zur Verkehrssicherheit verlangt hat. Im Generellen zieht der Bundesrat aber eine positive Bilanz zum Via-Sicura-Paket: Das totale Alkoholverbot für Neulenker, das Lichtobligatorium am Tag für Töffs und Infrastruktur-Massnahmen hätten die Sicherheit erhöht.

Auf die beiden letzten Massnahmen, die 2019 hätten in Kraft treten sollen, will die Regierung aber verzichten. Alkohol-Wegfahrsperren für Vorbestrafte sowie eine Blackbox im Auto von Personen, die wegen Raserdelikten den Fahrausweis abgeben mussten, sind vom Nico Menzato